Gegen die Republik

Während die Demokraten auf der Burg Lauenstein im Mondschein schwärmen, fühlen sich die Gegner der Republik durch die Schwäche und Unätigkeit der Republikaner zu immer größerer Keckheit ermutigt. Man sendet uns eine ausführliche Schilderung der Vorgänge, die sich am vergangenen Sonntag in Erlangen abspielten und die sich als gegenrevolutionäre Kundgebung von ungemeiner Frechheit darstellen.

Nach der uns vorliegenden Schilderung besteht kein Zweifel darüber, daß die Zusammenrottung verfassungsfeindlicher Elemente in böswillig provokatorischer Absicht auf den Tag anberaumt war, an dem der Erlanger Arbeitertourverein sein 25. Stiftungsfest beging. Daß die Hakenkreuzler dabei zum großen Teil in Uniform, Stahlhelm und sonstigem militärischen Gepränge aufzogen, ist nur eine neue Kundgebung jenes gänzlichen Mangels an überlegter Vaterlandsliebe, die heute jedem Deutschen sagen müßte, daß für unsere Stellung in der Welt nichts so schädlich ist als die Schaustellung einer Eisenfresserei, die zwar in Ansehung ihrer Kampfmittel vollkommen lächerlich, aber zum Vorwand der französischen Behauptung von dem noch immer fortlebenden deutschen Militarismus völlig ausreichend ist. Die Parade der mit Knütteln aufmarschierenden Hundertschaften des Hakenkreuzes kann gegenüber den mit allem modernsten Kriegswerkzeug ausgestatteten Hunderttausendschaften Poincarés nur als komisch bezeichnet werden, doch sind sie durchaus genügend, um vor der Welt die Tatsache zu verschleiern, daß der Militarismus, der einst preußisch genannt werden konnte, jetzt französisch geworden ist.

Indessen, wenn das Recht auf politischen Unverstand dem Bürger nicht bestritten werden kann und bei der ganzen Hakenkreuzlerei mit ihren Abzeichen, Fähnchen und Uniformen ein guter Teil kindischen Spieltriebs mit unterlaufen mag, so hat doch das gemeingefährliche Treiben keinen Anspruch auf Unterstützung durch republikanische Amtsstellen. Nur mit der Zustimmung von solchen aber konnte es geschehen, wenn, wie unser Gewährsmann berichtet, „eine Reichswehrkapelle mit Tambour und allem Zubehör" im Zuge der Hakenkreuzler und Nationalsozialisten marschierte. An Herrn Geßler, den demokratischen Reichswehrminister, ist die Frage zu richten, ob dergleichen mit seinem Gutheißen geschieht. Wenn aber nicht, so ist hier wieder eines der immer zahlreicheren Beispiele des unerträglichen Zustandes festzustellen, der dadurch gekennzeichnet ist, daß gewisse demokratische Persönlichkeiten, wenn auch durchaus gegen ihren Willen, durch ihre Gegenwart an der Spitze wichtigster Reichsämter nicht sowohl zu deren Durchdringung mit republikanischem Geiste dienen, als vielmehr dazu, die Wachsamkeit der Republikaner von den Gefahren der Republik abzulenken.

Aus der Münchner Ordnungszelle

München, 17. Juli. Die zweite Hitler-Versammlung am Montag vormittag im Zirkus Krone war verboten worden. Trotzdem hatten sich viele Nationalsozialisten und auswärtige Turner angesammelt, die, nachdem sie lange vergeblich auf Hitler gewartet hatten, einen Zug formierten und unter Vorantragen der alten Reichsfahne durch die Stadt zogen. Und er Schellingstraße stieß der Zug auf die Polizei, die den Zug aufzulösen versuchte. Inzwischen war auf dem Platze Hitler erschienen, dessen Zureden es gelang, die Leute zum Auseinandergehen zu bewegen. Am Abend veranstalteten die Nationalsozialisten zwei Versammlungen im Salvatorkeller und im Malteserbräu. Während die erstere ungestört verlief, kam es im Malteserbräu zu Zusammenstößen zwischen den Nationalsozialisten und andersgesinnten auswärtigen Gästen. Von der blauen Polizei wurde die Ordnung im Saale wiederhergestellt. Auf der Straße sammelten sich unterdessen große Massen beider Parteien an, die versuchten, gewaltsam in das Malteserbräu einzudringen. Hundertschaften der Landespolizei säuberten schließlich die Straßen, worauf sich die Menge zerstreute.

Die Polizei gibt amtlich bekannt, daß die Verantwortung für den Zusammenstoß der Nationalsozialisten mit der Polizei bei dem Abmarsch der Hitlerleute vom Zirkus Krone jene Männer trifft, die ihre Parteiangehörigen zu Ungehorsam gegen die Gesetze veranlaßt haben. Die Demonstranten hätten Hakenkreuzfahnen getragen. Hitler hat übrigens nach seinem Rückzug vor der Polizei noch eine verbotene Versammlung abgehalten, indem er in den Saal des Malteserbräus eindrang, wo ein Konzert stattfand, und dort eine längere Ansprache hielt. Auch dort kam es zu Zusammenstößen zwischen Freunden und Gegnern seiner Partei, bis die Polizei eingriff.

Auf Burg Lauenstein

Die sogenannte Demokratische Sommerschule, über deren Nutzen man verschiedener Meinung sein kann, hatte diesmal etwa 60 Teilnehmer nach Burg Lauenstein in Oberfranken geführt. Fräulein Dr. Gertrud Bäumer leitete die Reihe der Vorträge mit einem Referat über „Selbstbehauptung und Pazifismus" ein. Dann sprach Graf Bernstorff über „Grundsätzliches zur Außenpolitik", wobei er aus seinen Erfahrungen als Diplomat schöpfte und auf die Wichtigkeit Amerikas bei der Lösung der verwickelten europäischen Fragen hinwies. In der Aussprache trat die Ansicht in den Vordergrund, daß Deutschland den nun einmal beschrittenen Weg konsequent verfolgen müsse mit dem Ziele, den Rhein deutsch zu erhalten.

Das Referat über „Ostfragen" hielt Dr. Eckardt, während Professor Götz-Leipzig über „Westfragen" sprach. Götz schilderte das unermüdliche Bestreben der Franzosen, Deutschland zu zerstückeln, getreu der Parole: Deutschland muß schwach sein, wenn Frankreich stark sein soll. England müsse danach trachten, die Vorherrschaft auf dem Meere zu behalten, um sich so den Weg nach Indien nicht versperren zu lassen. Es könne sich mit Frankreich im Grunde genommen ebenso wenig verständigen wie wir. Trotzdem sei es aber falsch, an diese Gegensätze Hoffnungen für Deutschland zu knüpfen, denn das deutsche Volk werde den Wermuthbecher bis zur Neige leeren müssen. Schließlich werde Frankreich aber doch wohl einmal wieder zu Fall kommen. — In der Aussprache wandte sich Erkelenz gegen die Auffassung des Redners, daß der hoffnungslose Kampf um immer dieselbe Situation wiederkehre. Diese Idee wäre das Leben der Völker, und darum müßten wir sie bekämpfen.

An die Vorträge schlossen sich politische Uebungen, die von Erkelenz geleitet wurden.

Ehrhardt in Norddeutschland?

Berlin, 16. Juli. (Eig. Tel.) Wie eine Berliner Privatkorrespondenz meldet, deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß Ehrhardt sich nicht wieder nach Süddeutschland zurückgewandt, sondern von Leipzig aus den Weg nach Norddeutschland eingeschlagen hat, wo er namentlich in Mecklenburg und Pommern viel Anhänger besitzt. Daß diese Annahme zum mindesten nicht unwahrscheinlich ist, geht auch aus Meldungen hervor, wonach der vermutlich zur Flucht benutzte Kraftwagen ursprünglich die Nummernbezeichnung II A 8347 getragen hat, und erst unmittelbar vor dem Fluchtunternehmen mit einer neuen Nummer I M 5085 versehen worden ist. Die Bezeichnung II A deutet darauf hin, daß das Auto von Bayern, und zwar von München aus nach Leipzig geschafft worden ist, denn diese Bezeichnung ist für München zuständig. Die Markierung I M dagegen wäre eine preußische, und zwar die der Provinz Sachsen, woraus man schließen kann, daß Ehrhardts Helfershelfer diese Nummernbezeichnung mit der Absicht gewählt haben, weil sie von Leipzig aus zunächst das Gebiet der Provinz Sachsen erreichen wollten, und weil naturgemäß ein mit der Provinznumerierung ausgerüsteter Kraftwagen am allerwenigsten auffallen würde. Man kann aber weiter damit rechnen, daß an einer genügend weiten Entfernung von Leipzig noch ein zweites Auto zur Ablösung bereit stand, mit dem Ehrhardt dann seinen vorläufigen Unterschlupf erreicht haben wird. Daß Ehrhardt unentdeckt über die Leipzig nächstgelegene tschechoslowakische Grenze entkommen ist, scheint unwahrscheinlich. Selbst bei schnellster Fahrt würde er zur Erreichung der tschechoslowakischen Grenze vier bis fünf Stunden benötigt haben, ein Zeitraum, in dem die Grenzbehörden über sein Entkommen aus dem Gefängnis bereits unterrichtet waren.

Gegen die Demobilmachungsverordnung

In einer eingehend begründeten Eingabe an das Reichsarbeitsministerium hat die Handelskammer zu Berlin den Antrag gestellt, die Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnung, die nach dem Gesetz am 31. Oktober d. J. abläuft, nicht zu verlängern, da sich bisher infolge der zahlreichen Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen schwere Unzuträglichkeiten ergeben hätten. Bei der fortschreitenden Festigung der Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sei ein Schutzmittel gegen die Vergewaltigung einer schwächeren durch die stärkere Partei nicht mehr erforderlich; beide Körperschaften seien auf Grund der bisherigen Erfahrungen als gleichstarke Verhandlungsparteien anzusehen, die ihre Streitigkeiten auf dem Wege freier Verhandlungen zu schlichten vermögen. Für bestimmte Fälle sei grundsätzlich die Möglichkeit einer Verbindlichkeitserklärung beizubehalten; als zuständig müßten hierfür die in der Schlichtungsordnung vorgesehenen Einspruchskammern der Landesschlichtungsämter oder die Einspruchssenate des Reichsschlichtungsamtes eingesetzt werden.

Separatistenkomödie in Koblenz

Frankfurt, 17. Juli. (Eig. Tel.) Unter der Ueberschrift: „Eine separatistische Affenkomödie" wird der Frankfurter Zeitung aus Koblenz gemeldet: Seit einigen Tagen beunruhigt das Gerücht, daß am Nationalfeiertage der Franzosen, am 14. Juli, die Rheinische Republik ausgerufen werden sollte, die Bevölkerung. Der Oberbürgermeister wurde am Freitag abend von dem Kreisdelegierten sehr energisch ersucht, eine Bekanntmachung zu veröffentlichen, in der die Gerüchte als unbegründet und jeder Grundlage entbehrend bezeichnet wurden. Um so mehr überraschte es, als am Sonnabend vormittag ein etwa 60 Personen starker Zug deutscher Zivilisten mit französischen Fahnen, sowie mit Plakaten „Vive la France" durch die Straßen zog, allerdings von einer großen Menge Neugieriger, die die Judasse — zum größten Teil in die Dienste der französischen Eisenbahnregie übergetretener Arbeiter — mit Johlen und Pfeifen begleitete. Die von den Franzosen besetzten Gebäude, die Kasernen usw. prangten in reichem Flaggenschmuck. Besonders bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß fast ausschließlich französische und belgische Fahnen verwendet wurden; nur hier und da im Hintergrunde sah man vereinzelt die italienische, während die englische gänzlich fehlte. Zu Zwischenfällen ist es zum Bedauern der Franzosen nicht gekommen. Der Separatistenzug löste sich auf, nachdem er zur Erkenntnis gekommen war, daß er der Lächerlichkeit preisgefallen ist.

Die Herren von Kronenberg

Kronenberg, 17. Juli. Der Stadt ist wegen angeblicher Schießerei auf einen französischen Posten eine Geldstrafe von 60 Millionen Mark auferlegt worden. Der Bürgermeister und der Kommandant der Schutzpolizei sind zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Weiter wurden sechs Zivilisten und zwei Sicherheitspolizisten von den Franzosen verhaftet, weil am Sonnabend der Kommandant von Bohwinkel auf der Straße angespuckt worden sein soll. Der am Sonnabend abgelaufene Belagerungszustand wurde um weitere sechs Tage verlängert.

Nach einer Meldung aus Moskau ist als Nachfolger Worowskis zum russischen Vertreter in Rom Jordanski ernannt worden.

Explosion bei Bochum

Der verschärfte Belagerungszustand verhängt

Bochum, 16. Juli. (Eig. Tel.) Gestern nachmittag fand in Weitmar, wo auch ein französischer Divisionsstab liegt, in einem Automobilpark der Besatzungstruppen eine schwere Explosion statt. Der Automobilpark liegt an einer von Ausflüglern viel benutzten Straße, und so nahmen die Franzosen dann gleich umfangreiche Verhaftungen vor, obwohl noch keineswegs feststeht, daß ein Attentat vorliegt. Vielmehr ist es wahrscheinlich, daß eine Selbstentzündung infolge der ungeheuren Hitze die Ursache der Explosion ist oder daß sie auf das Gewitter zurückgeführt werden muß, durch das auf dem von den Belgiern besetzten Bahnhof Bottrop auch zwei Benzolwagen durch Blitzschlag in Brand gesetzt wurden.

Im Anschluß an die Explosion haben die Franzosen ungeheuer schwere Zwangsmaßnahmen ergriffen. Ueber Bochum und Weitmar wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt; von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr ist jeder Verkehr verboten. Den Straßenbahnverkehr legten die Franzosen dadurch völlig still, daß sie die elektrische Leitung durchschnitten. Auch in Essen ist die über die westlichen Stadtteile wegen eines angeblichen Sabotageaktes verhängte Sperre verschärft und bis zum 1. August verlängert worden. Ebenso sind die Verkehrsbeschränkungen in Hattingen derart verschärft worden, daß jegliche Fahrgelegenheit nach Hattingen stillgelegt ist. Trotzdem die Stadt von den Franzosen besetzt ist, lassen die Posten aus dem besetzten Gebiete kommende Passanten nur dann über die Ruhrbrücke, wenn sie einen besonderen Ausweis haben.

Ueber Remscheid wurde eine Verkehrssperre als Sanktion für eine Schießerei verhängt, zu der es in der Nähe von Remscheid zwischen Franzosen und Schmugglern kam, die die Grenze überschreiten wollten. Der mit 16 Zivilpersonen verhaftete Oberbürgermeister Dr. Hartmann ist nach einigen Stunden wieder freigelassen worden.

In Castrop verweigerten gestern mehrere Soldaten die Zahlung eines Fahrscheines auf der Straßenbahn, indem sie einen Schein mit der Aufschrift vorwiesen: „Wer den Inhaber dieses Scheines von der Fahrt zurückhält, wird vor ein Kriegsgericht gestellt."

Poincarés Denkmals-Rede

London ist verstimmt

London, 17. Juli. (Eig. Tel.) Wie der Daily Telegraph offiziös mitteilt, hat Lord Curzon der französischen Regierung durch ihren Botschafter in London die Ueberraschung des englischen Kabinetts über die Rede des französischen Ministerpräsidenten in Senlis zum Ausdruck gebracht.

In einer ausführlichen Besprechung der neuesten Rede Poincarés setzt die Times auseinander, daß die englisch-französische Streitfrage nur noch in der Stellungnahme der beiden Länder zur sogenannten allgemeinen deutschen Frage bestehe. England wolle die deutsche Demokratie vor der Anarchie und der Reaktion retten. Es sei überzeugt, daß Deutschland militärisch unschädlich gemacht sei, und daß man daher militärisch von ihm nichts mehr zu befürchten habe. Frankreich vertrete dagegen die Auffassung, daß gegenüber Deutschland die Politik der Gewalt auch über den Friedensvertrag hinaus angewendet werden müsse und daß mit Gewalt diejenigen Ziele noch erreicht werden müßten, die Frankreich im Friedensvertrag versagt geblieben seien.

Der Daily Telegraph schreibt, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch habe in London und Paris vorgeschlagen, daß die Schwierigkeiten, die die Ruhrbesetzung und Frankreichs Forderung nach produktiven Pfändern der Lösung der Reparationsfrage noch bereiten, beseitigt werden könnten, wenn die Alliierten übereinkämen, über die Reparationsfrage zu verhandeln, und daraufhin geschlossene Reparationsabkommen, wie auch den Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs nicht von Deutschlands westlichen Nachbarn, sondern vom Völkerbunde, in den Deutschland aufzunehmen sei, abgefaßt und überreicht werden würden.

Keine vorzeitige Bekanntgabe der englischen Antwortnote

Paris, 17. Juli. (Eig. Tel.) Die Londoner Nachricht, daß die englische Regierung den Wortlaut für den Antwort-Entwurf auf die deutschen Vorschläge geheimhalten wolle, wird in Paris mit großer Befriedigung aufgenommen. Man betrachtet diesen Beschluß als einen Beweis dafür, daß England um jeden Preis einen offenen Bruch mit Frankreich verhüten möchte und daß die Entwicklung den von Poincaré gewünschten langsamen Verlauf nehmen werde. Weniger Beifall findet dagegen der Beschluß des englischen Kabinetts, den Antwort-Entwurf auch der amerikanischen Regierung zu unterbreiten. Eine Beeinflussung der Haltung Frankreichs durch Amerika wird allerdings nicht befürchtet.

Das einzige Ereignis, das in diesem Augenblick die Politik Poincarés ernstlich zu erschüttern vermöchte, wäre nach Ansicht der Kreise, die die Verschleppungstaktik nicht billigen, das offene Abrücken Belgiens von Frankreich. Indessen glaubt man aber nicht an eine solche Möglichkeit. Auch Belgien halte, so wird hier versichert, daran fest, daß die Einstellung des passiven Widerstandes als Vorbedingung für jede Art von Verhandlungen mit Deutschland gelten müsse und daß nur die staffelweise Räumung des Ruhrgebietes nach Maßgabe des deutschen Nachgebens in Frage kommen kann. Im Übrigen habe Belgien in der letzten Zeit mit Befriedigung festgestellt, daß langsam ein französisches Reparationsprogramm Gestalt gewinne, das eine Angleichung an die belgischen und die englischen Ansichten nicht allzu schwer machen werde.

Cecil gegen Lord Curzon?

Pariser „Enthüllungen"

Paris, 17. Juli. (Eig. Tel.) Der Matin behauptet, daß bei der Festsetzung der englischen Regierungserklärung Sir Robert Cecil im Laufe eines bewegten Ministerrates gegen Lord Curzon aufgetreten sei und dessen Wortlaut für die Regierungserklärung scharf kritisiert habe. Er sei hierbei von Baldwins unterstützt worden. Lord Robert Cecil sei so weit gegangen, daß er die Frage aufgeworfen habe, ob man notwendigenfalls bereit sei, gegen Frankreich mit bewaffneter Macht vorzugehen, um die französische Regierung so zu zwingen, den englischen Standpunkt zu teilen. Man habe hierauf einstimmig mit Nein geantwortet. Daraufhin habe Cecil Lord Curzon gefragt, ob er denn glaube, durch eine Trennung von Frankreich die Lage günstig beeinflussen und die französische Aktion im Ruhrgebiet beeinträchtigen zu können. Im Verlauf der Diskussion sei der Ministerrat jedoch zu der Ueberzeugung gelangt, daß der einzige praktische Erfolg eines Bruches zwischen London und Paris die Vernichtung Deutschlands sein würde. Lord Curzon habe infolgedessen den Text abgeändert, und das Kabinett sei zu dem Entschluß gelangt, die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien aufrecht zu erhalten und seinen Einfluß geltend zu machen, um den französischen Druck auf Deutschland zu mildern. Aehnliche Erwägungen sollen denn auch, wie das Blatt weiter meldet, bei der Abfassung des englischen Entwurfes für eine Antwort an Deutschland zur Geltung kommen.

Das Petit Journal behauptet zu wissen, daß ein englisch-amerikanisches Einverständnis über das Antwortprojekt an Deutschland vorliegt, obwohl Baldwin im Unterhaus erklärt hat, daß zwischen London und Washington keinerlei Vorverhandlungen in diesem Sinne stattgefunden hätten.

Wie dem Petit Parisien aus Brüssel gemeldet wird, verbergen die belgischen maßgebenden Kreise nicht, daß sie es vorgezogen hätten, wenn die diplomatische Initiative bei Frankreich und Belgien geblieben wäre, und sie bedauern, daß man bisher den französisch-belgischen Reparationsplan noch nicht fertiggestellt und veröffentlicht habe. Belgien wünsche nicht, daß die Neutralen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abschätzen, würde jedoch nichts dagegen einzuwenden haben, daß die Reparationskommission hierzu einen Rat von Sachverständigen ernennen würde. Man könne ja in neuer Form das Komitee von Bankleuten wieder zusammentreten lassen, dessen Auseinandergehen Belgien im vergangenen Jahr nur mit Bedauern gesehen habe.

Mussolini an die italienische Arbeiterschaft

Mussolinis wird in ihrem offiziellen Text bekanntgegeben. Danach hat Mussolini an die Arbeiter folgende Worte gerichtet: „Ihr wißt, daß ich glücklich wäre, wenn ich morgen die direkten Vertreter der organisierten Arbeiterklasse in der Regierung hätte, ich möchte sie auf meiner Seite haben, ich möchte ihnen auch ein verantwortungsvolles Ressort geben, damit sie sich überzeugen können, daß die Verwaltung des Staates außerordentlich schwierig und verwickelt ist. Man kann nicht, wie es bei anderen Revolutionen der Fall gewesen ist, alles hinwegfegen, wenn man nachher wieder aufbauen muß. Man kann nicht einen Divisionskoch aus Petersburg heranziehen und aus ihm einen General machen, weil dann ein Brusilow zurückgerufen werden müßte. Solange es Gegner gibt, die sich in die vollendeten Tatsachen nicht hineinfinden können und die immer noch an einen Aufstand denken, können auch wir nicht entwaffnen. Ich müßte Euch überzeugen, wenn in Euern Adern noch ein wenig von marxistischer Doktrin ist, daß sich eine Situation herausgebildet hat, der Ihr Euch geistig anpassen müßt.

Aus allen Gegenden Italiens treffen Nachrichten ein, die von Gewalttätigkeiten gegen die katholische Organisation berichten. Daraus kann man schließen, was geschehen wäre, wenn die Abstimmung für Mussolini ungünstig ausgefallen wäre. Mussolini sandte dem Vorstand der Popolari-Partei in Florenz folgendes Telegramm:

„Können nicht Faschisten gewesen sein, sondern nur zweideutige Individuen des alten Antiklerikalismus, die die katholischen Vereinslokale zerstört haben. Ich habe ihre Ermittlung und sofortige Verhaftung angeordnet. Der Faschismus hat oft bewiesen, daß er für den Katholizismus eine zu tiefe Achtung hat, um ihn mit solchen Taten beschmutzen zu dürfen."

Im Vatikan betrachtet man die Entwicklung der Dinge von einem sehr realen Standpunkte aus, da man voraussieht, daß, wenn auch die Reihen der Popolari einerseits stark erschüttert wurden, anderseits doch das Land den inneren Frieden wieder gefunden hat, so daß die Freiheit des Kultus gesichert ist und daß ein Italien, das nicht von inneren Wirren heimgesucht ist, mit großer Autorität und Energie seine Aufgaben auf internationalem Gebiet wird erfüllen können.

Spaltung der Popolari-Partei

Frankfurt a. M., 17. Juli. (Eig. Tel.) Wie der Frankfurter Zeitung aus Rom gedrahtet wird, hat die Kammerfraktion der Popolari die acht Abgeordneten, die für Annahme des Wahlreformgesetzes gestimmt haben, ausgeschlossen, darunter zwei ehemalige Mitglieder des Kabinetts Mussolini, nämlich den Arbeitsminister Cavazzoni und den Unterstaatssekretär des Aeußern Vassallo, sowie Matteo-Centili, den Direktor des Corriere d'Italia. Damit hat also die innere Krise der Partei zu einer offenen Spaltung geführt.

•

Das neue Dekret zur Ueberwachung der Presse ist vom König unterzeichnet worden, nachdem Mussolini seine Einwendungen angesichts der allgemeinen Opposition gegen den Eingriff der Verwaltung in die Pressefreiheit vorläufig noch zurückgestellt hat. Das Gesetz soll erst veröffentlicht werden, wenn die Bekanntgabe eine zwingende Notwendigkeit wird.